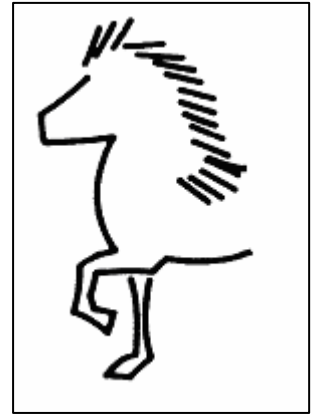


Satzung des Islandpferde-Freunde Südwestfalen e.V.



§ 1 - Name, Rechtsform und Sitz des Vereins

Der Islandpferde-Freunde Südwestfalen e.V. mit Sitz in Hagen ist in das Vereinsregister bei dem Amtsgericht in Hagen eingetragen. Der Verein strebt an, nach einer angemessenen Frist Mitglied des Islandpferde-Reiter- und Zuchtverbandes (IPZV) zu werden.

§ 2 - Zweck und Aufgaben des Vereins, Gemeinnützigkeit

1. Der Verein der Islandpferde-Freunde Südwestfalen e. V. bezweckt:
 - a) Das Reiten auf Islandpferden im Sinne eines Ausgleichssports, die Vertiefung der Tier- und Naturliebe, insbesondere die Pflege des Jugendsports und der freien Jugendhilfe.
 - b) Die Ausbildung von Reiter und Pferd, auch in den für das Islandpferd typischen Gangarten Tölt und Pass.
 - c) Aufklärung über Haltung und Zucht von Islandpferden, insbesondere die Durchsetzung des Ziels der Reinzucht.
 - d) Das Abhalten von Lehrgängen.
 - e) Das Ausrichten von Leistungswettbewerben gemäß Islandpferde-Prüfungsordnung (IPO).
 - f) Hilfe und Unterstützung bei der mit dem Sport verbundenen Pferdehaltung als Maßnahme zur Förderung des Sports und des Tierschutzes.
 - g) Die Förderung des Reitens in der freien Landschaft zur Erholung im Rahmen des Freizeitbreitensports und die Unterstützung aller Bemühungen zur Pflege der Landschaft und zur Verhütung von Schäden.
 - h) Die Mitwirkung bei der Koordinierung aller Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur für Pferdesport und Pferdehaltung in der Bundesrepublik.
 - i) Die Vertretung aller Mitglieder gegenüber den Behörden und Organisationen im südwestfälischen Raum.
2. Durch die Erfüllung seiner Aufgaben verfolgt der Verein selbstlos, ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 bis 68 der Abgabenordnung 1977 vom März 1976 (Bundesgesetzblatt I Seite 613). Er enthält sich jeder parteipolitischen und konfessionellen Tätigkeit.
3. Der Verein verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke
4. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten.
5. Der Verein darf keine durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.
6. Bei der Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes darf das Vermögen nur für steuerlich begünstigte Zwecke verwendet werden (vgl. §13).

§ 3 Erwerb und Mitgliedschaft

1. Mitglieder können natürliche Personen, juristische Personen und Personenvereinigungen werden. Die Mitgliedschaft wird durch Beitrittserklärung und deren Annahme erworben. Die schriftliche Beitrittserklärung ist an den I. Vorsitzenden des Vereins zu richten. Bei Kindern und Jugendlichen bedarf sie der schriftlichen Zustimmung der gesetzlichen Vertreter; Personen im Alter von 14 bis 18 Jahren gelten als Jugendliche, Personen unter 14 Jahren als Kinder.
2. Der I. Vorsitzende entscheidet über die Aufnahme. Bei Ablehnung kann die Entscheidung des geschäftsführenden Vorstandes gefordert werden.
3. Personen, die dem Verein uneigennützig bei der Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben persönlich, finanziell und materiell zu unterstützen bereit sind, können vom geschäftsführenden Vorstand als fördernde Mitglieder aufgenommen werden.
4. Die Mitgliederversammlung kann verdiente Mitglieder und andere Persönlichkeiten, die den Islandpferdesport und die Verbandsarbeit wesentlich gefördert haben, die Ehrenmitgliedschaft; verleihen.
5. Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft erkennen die Mitglieder die Satzung und die IPO des Dachverbandes der Islandpferde-Reiter und Züchter an.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.
2. Die Mitgliedschaft endet mit dem Ablauf des Geschäftsjahres, wenn das Mitglied sie bis zum 01. Oktober des Jahres eingeschrieben schriftlich kündigt.
3. Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es
 - a) gegen die Satzung oder gegen die satzungsgemäßen Beschlüsse verstößt, das Vereinsinteresse schädigt oder ernsthaft gefährdet oder sich eines unsportlichen oder unkameradschaftlichen Verhaltens schuldig macht,
 - b) gegen die Belange des Tierschutzes verstößt,
 - c) seiner Beitragspflicht trotz Mahnung länger als 6 Monate nicht nachkommt.
 - d) Über den Ausschluss entscheidet der geschäftsführende Vorstand. Das ausgeschlossene Mitglied kann den Ausschluss binnen 4 Wochen durch schriftlich begründete Beschwerde anfechten, über die dann die Mitgliederversammlung entscheidet. Bis zur endgültigen Entscheidung ruht die Mitgliedschaft.

§ 5 Geschäftsjahr und Beiträge

1. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Beiträge, Aufnahmegelder und Umlagen werden von der Mitgliederversammlung festgesetzt.
3. Beiträge sind im voraus zu zahlen. Soweit die Mitgliederversammlung keine Entscheidung getroffen hat, wird die Zahlungsweise von Aufnahmegeldern und Umlage durch den Vorstand bestimmt.

§ 6 Organe

Die Organe des Vereines sind:

1. die Mitgliederversammlung
2. der geschäftsführende Vorstand
3. der erweiterte Vorstand.

§ 7 Mitgliederversammlung

1. Im ersten Quartal eines jeden Jahres soll eine ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Der geschäftsführende Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Er muss dies tun, wenn es von mindestens 1/3 der Vorstandsmitglieder unter Angabe der Gründe beantragt wird.
2. Die Mitgliederversammlung wird vom I. Vorsitzenden oder von seinem Vertreter durch schriftliche Einladung an die Mitglieder unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Zwischen dem Tag der Einberufung und dem Versammlungstage müssen vier Wochen liegen.
3. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig.
4. Anträge zur Tagesordnung sind spätestens zwei Wochen vor dem Versammlungstage schriftlich bei dem I. Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter einzureichen. Später gestellte Anträge auf Satzungsänderungen werden nicht, andere werden nur behandelt, wenn die Mitgliederversammlung dies mit einer Mehrheit von 3/4 der anwesenden Mitglieder beschließt.
5. Abstimmungen erfolgen grundsätzlich durch Handzeichen. Soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, entscheidet die einfache Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
6. Wahlen erfolgen durch Handzeichen; auf Beschluss von 1/3 der anwesenden Vereinsmitglieder wird durch Stimmzettel gewählt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt; Stimmenthaltung gilt als nicht abgegebene Stimme. Erhält keiner der Kandidaten die Mehrheit, findet zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmenzahlen eine Stichwahl statt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.
7. Kinder haben kein Stimmrecht; Jugendliche haben das Stimmrecht erst ab dem vollendeten 16. Lebensjahr.
8. Über die Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen, die die Beschlüsse und Anträge im Wortlaut und die Ergebnisse von Wahlen verzeichnen muss. Sie ist vom Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterschreiben.

§ 8 Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung entscheidet über

1. die Wahl des geschäftsführenden Vorstandes und des erweiterten Vorstandes,
2. die Wahl von zwei Kassenprüfern, die nicht Mitglieder des Vorstandes sein dürfen und für zwei Jahre gewählt werden,
3. die Jahresergebnisrechnung,

4. die Entlastung des Vorstandes,
5. Beiträge, Aufnahmegelder und Umlagen,
6. die Änderung der Satzung und die Auflösung des Vereins,
7. die eingebrachten Anträge.

Beschlüsse über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins bedürfen einer Mehrheit von 3/4 der anwesenden Mitglieder.

§ 9 Geschäftsführender Vorstand

1. Der Verein wird von einem geschäftsführenden Vorstand geleitet.
2. Dem geschäftsführenden Vorstand gehören an
 - a) der I. Vorsitzende
 - b) der stellvertretende Vorsitzende
 - c) der Schriftführer
 - d) der Kassierer
3. Vorstand im, Sinne des § 26 Abs. 2BGB sind der I. Vorsitzende und sein Stellvertreter. Jeder ist allein vertretungsberechtigt. Im Innenverhältnis vertritt der stellvertretende Vorsitzende im Fall der Verhinderung den Vorsitzenden.
4. Der geschäftsführende Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Scheidet ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstands während seiner Amtszeit aus, ist von der nächsten Mitgliederversammlung eine Ergänzungswahl durchzuführen. Scheidet der I. Vorsitzende oder sein Stellvertreter aus, ist innerhalb von zwei Monaten die Mitgliederversammlung einzuberufen, die die Ergänzungswahl durchführt.
5. Der geschäftsführende Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte, seiner Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Über die Entscheidungsbefugnisse des erweiterten Vorstandes siehe § 11.
6. Über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstands ist eine Niederschrift aufzunehmen, die die Gegenstände der Beratungen und die Beschlüsse verzeichnen muss. Sie ist vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterzeichnen

§ 10 Aufgaben des geschäftsführenden Vorstandes

Der geschäftsführende Vorstand entscheidet über

1. die Vorbereitung der Mitgliederversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse,
2. die Vorbereitung aller dem Vorstand gestellten Aufgaben, soweit die Entscheidung nicht der Mitgliederversammlung nach dieser Satzung vorbehalten ist oder durch einen Beschluss des erweiterten Vorstandes sanktioniert sein muss.
3. die Führung der laufenden Geschäfte.

§ 11 Erweiterter Vorstand

Der erweiterte Vorstand setzt sich zusammen aus dem geschäftsführenden Vorstand und zusätzlich dem Zuchtwart, dem Sportwart, dem Freizeitwart und dem Jugendwart.

Der erweiterte Vorstand regelt und entscheidet alle Angelegenheiten, die in den Bereichen Jugend, Sport, Zucht, Ausbildung, Richtwesen von grundsätzlicher Bedeutung sind, d.h. langfristigen Charakter haben, und die gemeinsame Bereitschaft aller organisierten Mitglieder notwendig machen. Der erweiterte Vorstand sollte sich jährlich mindestens zweimal treffen. Über die Sitzung des erweiterten Vorstandes ist Protokoll zu führen.

§ 12 Rechtsordnung

1. Verstöße gegen die IPO und die reiterliche Disziplin sowie das Tierschutzgesetz können durch Ordnungsmaßnahmen geahndet werden. Eine Ordnungsmaßnahme darf in der Regel nur verhängt werden, wenn der Verstoß schuldhaft begangen worden ist.
2. Als Ordnungsmaßnahmen können verhängt werden:
 - Verwarnung, Geldbußen, zeitliche oder dauernde Verweisung von Veranstaltungen des Vereins.
3. Alle näheren Einzelheiten zur Art der Verstöße, zu den Ordnungsmaßnahmen und zum Verfahren werden in der IPO, im Teil der Rechtsordnung, geregelt.

§ 13 Auflösung

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer besonderen, zu diesem Zweck mit einer Frist von einem Monat einzuberufenden außerordentlichen Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der anwesenden Mitglieder beschlossen werden
2. Im Falle der Auflösung des Vereins fällt das Vermögen des Vereins dem IPZV zu, wobei das Vermögen ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke zu verwenden ist.

Gez.:

Viola Hallmann
Antje Wohllaib
Klaus Hübel
Susanne Rauchholz
Heinrich Quick
Ralf Wohllaib
Heiner Seidel

Amtsgericht Hagen – Az.: 6VR1536